

+++ "Mit deutscher Gründlichkeit aus-
sortiert, geht's demnächst dorthin zurück, wo täglich gebombt, mas-
sakriert und entführt wird." **ARD-Magazin Monitor** +++ "Wer
Flüchtlinge in den Irak abschiebt, verschließt die Augen vor der
katastrophalen Sicherheitslage dort" **amnesty international
Deutschland** +++ "Diese Politik der Zermürbung und Abschiebung
ist nicht nur ein Verstoß gegen internationales Flüchtlingsrecht,
sondern zynisch und menschenverachtend" **Jugendliche Ohne
Grenzen** +++ "Die deutsche Regierung sollte anerkennen, dass
Verfolgung und weit verbreitete Gewalt trotz des Regierungswechsels
in Bagdad andauern." **Human Rights Watch** +++ "Nur ein Bruchteil
der Flüchtlinge aus dem Irak schafft es überhaupt, nach Europa zu
gelangen. Trotzdem wird den allermeisten irakischen Flüchtlingen in
Deutschland ein asylrechtlicher Schutz versagt" **Evangelische
Kirche Deutschland** +++ "Der Kommissar zeigt sich über den offen-
sichtlichen Positionswechsel in der deutschen Politik bei der
Aberkennung des Flüchtlingsstatus besorgt und fordert die deutschen
Behörden auf, diese Politik in Übereinstimmung mit dem internatio-
nalen Asylrecht zu überprüfen" **EU-Menschenrechtskommissar** +++
"PRO ASYL fordert einen legalen Aufenthaltsstatus für die circa
14000 ausreisepflichtigen Iraker und ein sofortiges Einstellen der
deutschen Widerrufspraxis." **Pro Asyl** +++ „Eine solche kurzsichtige
Politik torpediert die internationalen Bemühungen um Stabilisierung,
schadet dem internationalen Ansehen Deutschlands und ist inhuman“
Bayerischer Flüchtlingsrat +++ "Das UN-Flüchtlingswerk regiert
alarmiert. Bei 100 Toten am Tag sei die Lage alles andere als stabil."
TAZ +++ "Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) wendet sich
gegen Abschiebungen in den Irak." **UN-Flüchtlingskommissariat**
+++ "Obwohl das Auswärtige Amt davor warnt, werden mehr und
mehr Flüchtlinge nach Afghanistan und in den Irak abgeschoben –
zum Teil mit abenteuerlichen Begründungen" **Die Zeit** +++

Vi.S.P: T. Klaus, c/o Bayerischer Flüchtlingsrat, Augsburgstr. 13, 80337 München

Keine Abschiebungen in den Irak

Aufenthaltserlaubnisse Jetzt !

8. Dezember 2007 - Demonstration - München

13 Uhr - Georg-Freundorfer-Platz

U4/5 Schwanthalerhöhe

Flüchtlingsschutz statt

Menschenverachtung

9. Dezember 2007 - Menschenrechte in Gefahr! - EineWeltHaus

14 - 18 Uhr, Schwanthalerstr. 80

Infomarkt zum Tag der Menschenrechte

Veranstalter: Münchener Friedensbündnis, u.a.

Der Irak ist eines der unsichersten Länder der Welt. Seit Kriegsbeginn starben etwa 80.000 Zivilisten gewaltsam. Hunderttausende wurden schwer verletzt, bei Bombenanschlägen verstümmelt, traumatisiert oder leiden unter den mittelbaren Kriegsfolgen wie vielerorts fehlender Wasser- und Stromversorgung und der katastrophalen medizinischen Versorgungslage. Trotzdem schiebt Deutschland Flüchtlinge dorthin ab. Nach dem Sturz Saddam Husseins bestehe keine Gefahr mehr, so die Begründung.

14.000 Irakern und Irakerinnen wurde seit dem Sturz Saddams bereits der Flüchtlingsschutz entzogen. Langfristig sind bis zu 40.000 irakische Flüchtlinge von Abschiebung bedroht. Die ersten Abschiebungen haben bereits stattgefunden. Systematisch wird der Asyl-Schutz für irakische Staatsangehörige widerrufen. Durch die Aberkennung von Rechten sollen sie zur „freiwilligen Ausreise“ gedrängt werden.

Von Human Rights Watch über amnesty international und Pro Asyl, die evangelische Kirche Deutschlands, den UN-Flüchtlingskommissar, bis zu Irak-Hilfsorganisationen wie Wadi e.V. werden die Abschiebungen und Asylwiderrufe massiv kritisiert. Der Krieg im Irak hat zu einer riesigen Fluchtbewegung geführt, und nur ein Bruchteil der Irak-Flüchtlinge erreicht Deutschland. 2 Million Flüchtlinge halten sich allein in Syrien und Jordanien auf. Hinzu kommen 1,8 Millionen Binnenvertriebene. Der größte Teil von ihnen hält sich in Flüchtlingslagern im Nordirak auf. Laut amnesty international ist dies die größte Flüchtlingskrise in der Region seit 60 Jahren.

Deutschlands Antwort auf das Flüchtlingselend:
Abschottung, Abschiebung und Zermürbung!

Zunächst wird in den Nordirak abgeschoben. Dieser Landesteil sei sicher, so die Innenminister. Dies ist blanke Realitätsverweigerung: Am 14. August starben 400 Menschen bei einem Doppel-Anschlag in der Nähe von Mosul (Nordirak). 35 Tote am 13. Mai 2007 bei einem Bombenanschlag in Makhmur (Nordirak). 19 Tote am 9. Mai 2007 bei einem Selbstmordattentat in Erbil (Nordirak). In der nordirakischen Stadt Kirkuk kommt es täglich zu Entführungen, offenen Schießereien und Anschlägen.

Seit Wochen finden Angriffe der Türkei und des Irans auf den Nordirak statt. Kurdische Dörfer wurden bombardiert, Wälder in

Brand geschossen. Die Türkei hat den Einmarsch in den Nordirak beschlossen. Türkische Truppen sind bereits an der Grenze aufmarschiert und werden täglich verstärkt. Der Zusammenhang mit dem Referendum über die Zugehörigkeit der Provinz Kirkuk, in der sich riesige Ölvorkommen befinden, zum kurdischen Autonomiegebiet liegt auf der Hand. Auch die sozioökonomische Situation ist verheerend. Einer kleinen Schicht, die von internationaler Aufbauhilfe profitiert, steht eine große verarmte Bevölkerung gegenüber, die von den Geldüberweisung ihrer im Ausland lebenden Familienangehörigen abhängig ist.

Diese kritische Situation wird durch die Abschiebungen aus Deutschland nun noch verstärkt. Der Nordirak soll nun auch noch Menschen aufnehmen und versorgen, die nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland keine Bindungen mehr an ihr Herkunftsland haben und nicht wissen, wie sie dort überleben sollen.

Während versucht wird, die Abschiebungen dadurch zu rechtfertigen, dass es nur um „Schwerkriminelle“ gehe, sehen die Abschiebeerlasse der Innenminister ganz anders aus: Abgeschoben werden sollen alle, die zu einer Geldstrafe ab 50 Tagessätzen oder zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, selbst wenn diese zur Bewährung ausgesetzt wurden. Davon betroffen sind viele Iraker und Irakerinnen, die während Saddam Husseins Diktatur Geld an ihre hungernden Familien im kurdischen Nord-Irak geschickt haben und damit gegen das Wirtschaftsembargo verstoßen haben.

Sie werden in Lager gesteckt, erhalten Arbeitsverbote und ihre Kinder dürfen keine Ausbildung machen

Mit dem Straftäterargument soll der Weg für die Abschiebungen freigemacht werden. Die Abschiebung der übrigen Irakerinnen und Iraker ist nur aufgeschoben. Bis dahin erhalten die irakischen Flüchtlinge Duldungen. Sie werden in Lager gesteckt, erhalten Arbeitsverbote und ihre Kinder dürfen in der Regel keine Ausbildung und kein Studium beginnen. Eine Lebensperspektive lässt sich mit der ständigen Abschiebeangst sowieso nicht aufbauen. Dahinter steckt ein Konzept: Durch unerträgliche Lebensumstände und permanente Angst sollen die IrakerInnen zur „freiwilligen Ausreise“ gedrängt werden.

Wir fordern:

- Einen sofortigen Abschiebestopp der Irakerinnen und Iraker
- Ein Aufenthaltsrecht für irakische Flüchtlinge

Diesen Aufruf “Keine Abschiebungen in den Irak” unterstützen:

Anja Edelhäuser (B90/Die Grünen), amnesty international München - AK Asyl, Bürgerinitiative Asyl Regensburg, Birgit Poppert (Cafe 104), Carol Jones, Colin Turner (Bundessprecher Linksjugend [solid]), Deutsch Kurdische Gesellschaft e.V., Die Grüne Stadtratsfraktion, Eva Bulling-Schröter (MdB, DIE LINKE), Flüchtlingsrat Bayern, Flüchtlingsrat Bremen, Flüchtlingsrat Hamburg, Flüchtlingsrat Hessen, Günther Wagner (Sprecher amnesty international, Lauf/Hersbruck), Harald Weinberg (DIE LINKE, Bayern) Heide Breuning, Heidi Czisch (BDKJ), Initiative gegen Abschiebung (IGA), Interkulturelles Forum e.V., Lydia Dietrich (Fraktionsvorsitzende, Grüne Stadtratsfraktion), International Federation of Iraqi Refugees (IFIR), Jutta Koller (Stadträtin, B90/Die Grünen), Jugendliche Ohne Grenzen - Bayern, Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen - München, Kornelia Möller (MdB, Fraktion DIE LINKE), Markus Fink, Münchener Flüchtlingsrat, Michael Sack (Rechtsanwalt), Prof. Dr. med. Vallabh Patel, Rita Braaz, Rechtshilfe für AusländerInnen München e.V., Siegfried Benker (Fraktionsvorsitzender, Grüne Stadtratsfraktion), SJD Die Falken Niederbayern/Oberpfalz.

Kampagne gegen Irak-Abschiebungen

Im Internet: irak.antira.info, Email: kontakt@bleiberechtsbuero.de

